

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich 12mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.35 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.50 (inkl. Postgeb.). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 20 Pf. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 206.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 4. September 1931.

13. Jahrgang.

Jerne dich selbst erkennen an Anderer Fehler und
eigenen, —
Doch noch mehr an dem, wie du anderer Fehler
beurteilst. Lavater.

Zu spät?

Reichskanzler Brüning hat kürzlich behauptet, daß der kommende Winter nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa der schwerste Winter sein wird, den man seit 100 Jahren erlebt hat. Die Zahl der Arbeitslosen schätzt er für den Winter auf 7 Millionen. Aus diesen Neuierungen des Reichskanzlers geht klar und eindeutig hervor, daß auch die Regierung sich keinen Illusionen mehr hingibt und man muß sich aufrichtig darüber freuen, daß endlich an berufener Stelle die nötige Erkenntnis aufgedämmert ist. Zwar hat ein Minister am Rundfunk behauptet, daß Schwarzmalen keine Kunst sei und er müsse den Schwarzmalern sagen, daß die Regierung schon immer gewußt habe, daß der Abfluß der kurzfristigen Kredite Deutschland in Schwierigkeiten bringen könne. Es mag stimmen, daß die Regierung rein theoretisch sich darüber klar war, daß die Aufnahme kurzfristiger Kredite zu einem Verhängnis führen könne; aber die Regierung hat weder Maßnahmen gegen die gefährliche kurzfristige Verschuldung ergriffen, noch hat sie Vorbereitungen getroffen, um die Gefahr, die aus einer plötzlichen Kündigung der kurzfristigen Anleihen entstehen mußte, abzuwehren. Diese Ausrede des Ministers kann nicht als Beweis dafür gelten, daß die Regierung die wirtschaftliche Lage immer rein nüchtern und ohne gewagten Optimismus betrachtet hat. Wenn Herr Brüning sowie Herr Dietrich wiederholt zugegeben haben, daß sie sich in der Beurteilung der Entwicklung der Dinge irren, so klingt ein solches Bekenntnis recht glaubwürdig. Die Maßnahmen der Regierung waren auch zu wenig auf weite Sicht eingestellt und erfolgten erst dann, wenn die Dinge sich krisenhaft zugespitzt hatten. Diese den Ereignissen nachhinkenden Notverordnungen haben deshalb nur als Hemmschuh dienen können, aber sie wurden nicht das, was sie sein sollten und sein mußten: Rettungsanker.

Nachfolgend sollen einige wirksame Maßnahmen in Vorschlag gebracht werden. Diese Vorschläge zielen nur auf die Regelung der wichtigsten Angelegenheiten hin, und es ist unmöglich, hier an dieser Stelle alle Reformen anzuführen oder auch gründlich zu besprechen. Es soll auch zugegeben werden, daß es vielleicht noch andere Wege gibt, die zum Ziele führen, die Opfer aber und die Lasten werden so oder so immer gleich schwer und hart erscheinen. Niemand kann unserem Volk die schweren Wege und die Trübsal ersparen. Vielleicht will Gott es, daß unser Volk noch in größere Leiden geführt wird und läßt es zu, daß diejenigen in Deutschland Oberhand behalten, die glauben, wir könnten doch noch auf bequeme Art und Weise aus den Schwierigkeiten herauskommen. Auf welche Weise läßt sich nun Ordnung in den Haushalten der Länder und Gemeinden schaffen?

Der Weltkrieg und die 13 Jahre nach dem Weltkrieg haben uns zwei Drittel unseres Volkseinkommens gekostet. Wir pflegen heute noch immer von der Vorkriegszeit als von der guten Zeit zu sprechen. Wenn nun jemand zwei Drittel seines Vermögens verloren hat, dann kann er es sich nicht erlauben, noch ebenso gut zu leben wie vormals. Das deutsche Volk aber hat — trotz des großen Vermögensverlustes — geglaubt, besser leben zu können und leben zu dürfen als je zuvor. Sehen wir uns einmal die Etats des Reiches, der Länder und der Gemeinden an, so fällt sofort auf, daß diese Etats im Durchschnitt dreimal so hoch sind wie vor dem Kriege. Wollen wir uns aber den tatsächlichen Vermögensverhältnissen anpassen, so müssen wir zurück zu dem Stand der Vorkriegszeit. Man stelle also einfach unter die Berücksichtigung des Lebenshaltungsindex die heutigen Etats rückwärts in das entsprechende Verhältnis zu den Etats vom Jahre 1913. Abgesondert werden muß der Etat für die Polizeiverwaltungen, da in den unsicheren Zeiten nicht mit der gleichen Polizeimacht auszukommen ist wie im Jahre 1913. Für das Reich muß die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen berücksichtigt bleiben. Abgetrennt werden muß dann der ganze Wohlfahrtsetat, der als nicht genau im Voraus einschätzbarer Faktor immer Unsicherheit und Unordnung in die Etats der Gemeinden hineinträgt. Tatsache ist, um nur ein Gebiet herauszugreifen, daß die Stadtbauämter alle mit Personal überseht sind. Dabei wird heute kaum noch 10 Prozent von dem gebaut, was im Jahre 1913 an Bauten errichtet wurde. Trotzdem wird von den Stadtbau-

Das Ende der Zollunion.

Unterredung Schobers mit Curtius und Grandi.

Neuer amerikanischer Schritt in der Schuldenfrage.

— Genf, 3. September.

Im Völkerbundsekretariat fanden Besprechungen statt, an denen deutscherseits zeitweise Reichsaussenminister Dr. Curtius und Ministerialdirektor Dr. Gaus, österreichischerseits Dr. Schüller und französischerseits Staatssekretär Francois-Poncet und Maffigli teilnahmen. Der österreichische Außenminister Dr. Schober hatte eine Besprechung mit dem italienischen Außenminister Grandi und unmittelbar im Anschluß daran mit dem Reichsaussenminister Dr. Curtius.

Den Gegenstand dieser Besprechungen dürfte die Erklärung abgegeben haben, die von deutscher Seite zur Zollunion im Europaausschuß abgegeben werden soll. Anscheinend ist ein heftiger Kampf um die Formel entbrannt. Wenn in der französischen Presse immer wieder ein feierlicher Verzicht Deutsch-Oesterreichs auf die Zollunion gefordert wird, dann ist das selbstverständlich völlig unannehmbar. Aber auch sonst wendet man auf französischer Seite Methoden an, die schärfste Zurückweisung erfordern. So bringt die Havasagentur eine aus Berlin (!) datierte Meldung, nach der die deutsche Regierung den europäischen Studienausschuß über Oesterreichs Verzicht auf die Zollunion informiert haben soll. Curtius werde in Genf erklären, so heißt es ferner in dieser Meldung, daß das Zollunionsprojekt nur ein Teil einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit in größerem Rahmen unter den europäischen Staaten gedacht gewesen sei. Die Wirtschaftslage in Europa habe sich aber in dem Sinne entwickelt, den man im Frühjahr nicht voraussehen konnte. Deutschland, dessen Teile vom Haager Gericht als berechtigt anerkannt worden sei, gebe daher das Projekt auf, um seine Bemühungen für einen europäischen Wirtschaftsaufbau auf breiter Grundlage einzusetzen, den die europäische Lage erfordere.

Großes Aufsehen erregt in Genf die um 24 Stunden verspätete Ankunft des französischen Finanzministers Flandin, und das um so mehr, als diese Verspätung darauf zurückzuführen ist, daß der amerikanische Botschafter in Paris, Edge, mit Flandin lange verhandelte. Man fragt sich nun, ob diese Unterredung etwa mit den Gerüchten in Zusammenhang steht, wonach die Regierung der Vereinigten Staaten gegenwärtig allen Ablehnungen zum Trotz doch mit Erwägungen in der Frage der Kriegsschulden beschäftigt ist und „binnen kurzem eine sehr wichtige Initiative ergreifen werde“.

Abschluß der Vorbereitungen.

Deutsche Erklärung im Europaausschuß.

Die Besprechungen über die Behandlung der Zollunionsfragen sind abgeschlossen. Die Außenminister Oesterreichs und Deutschlands werden vermutlich schon in der ersten Sitzung des Europaausschusses Erklärungen über das Zollunionsprojekt abgeben. Das Gutachten des Haager Gerichtshofes wird am Sonnabend in öffentlicher Sitzung des Haager Gerichtshofes bekanntgegeben und am Freitagabend in mehreren hundert Exemplaren nach Genf übersandt werden.

Ein Bericht des Koordinationskomitees.

Das Koordinationskomitee, der Unterausschuß des Europaausschusses, hat Mittwochabend in öffentlicher

Sitzung seine Arbeiten abgeschlossen und einen zusammenfassenden Bericht über die Wirtschafts-, Kredit-, Agrar- und Arbeitsmarktfragen sowie über den russischen Vorschlag eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes an den Europaausschuß weitergeleitet.

Die Formel für die Weiterbehandlung der Zollunion. — Ratsoverhandlung erst Montag.

— Genf, 2. September. Reichsaussenminister Curtius und der österreichische Außenminister Schober werden, wie bei den in Wien am Mittwoch geführten Verhandlungen mit den übrigen Abordnungen vereinbart worden ist, am Donnerstag während der allgemeinen Aussprache im Europaausschuß die vorgesehenen Erklärungen über den Zollunionsplan abgeben. In diesen Erklärungen wird, wie man nunmehr hört, zum Ausdruck kommen, daß seit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Zollprotokolls eine grundlegende Umgestaltung in der gesamten europäischen Lage eingetreten sei und die beiden Regierungen daher beschloßen hätten, im Hinblick auf die vom Europaausschuß verfolgten Ziele einer allgemeinen europäischen Zollangleichung und einer Erweiterung des europäischen Marktes den Plan der zweiseitigen deutsch-österreichischen Zollunion zurückzustellen.

Hoover gegen Sicherheitstheze.

Die von Frankreich geforderte Hilfeleistung gegen „Angreifer“ eine unerwünschte Allianz.

— Paris, 3. Septbr.

Havas meldet aus Washington, das Staatsdepartement sei eifrig mit der Vorbereitung der Abrüstungskonferenz beschäftigt. Es lehne jede Vertagung der Einberufung dieser Konferenz ab. In unterrichteten Kreisen wurde erklärt, die amerikanische Regierung habe noch keinen bestimmten Abrüstungsplan ausgearbeitet und beschränke sich gegenwärtig darauf, die Lage der verschiedenen Mächte eingehend zu prüfen. Sie werde wahrscheinlich erst im letzten Augenblick ihre Stellungnahme festlegen.

Präsident Hoover beabsichtige, die Abrüstung als Vorbedingung sowohl der Schuldenregelung wie auch der Sicherheitsorganisation zu bezeichnen. Man glaube zu wissen, daß Hoover durchaus dagegen sei, die Sicherheit durch eine effektive gegenseitige Hilfeleistung im Falle eines Angriffs zu garantieren, wie das französische Memorandum vorschläge. Er glaube, daß dies einer Art Allianz, die der amerikanischen Auffassung zuwiderlaufe, gleichkomme würde. Ebenso würde die amerikanische Regierung gegen eine weitere Annäherung an den Völkerbund zum Zwecke der Abrüstung und der Sicherheit sein.

Die Einstellung der Regierung und des Landes gegenüber Genf bleibe unverändert. Auf jeden Fall suchten die Vereinigten Staaten eine Lösung für das Abrüstungsproblem auf einem ganz anderen Wege als auf dem den das französische Memorandum vorschläge, das in den offiziellen Kreisen keine günstige Aufnahme finde.

ämtern behauptet, daß sie mit Arbeiten aller Art vollauf beschäftigt werden. Das liegt vielleicht daran, daß man den Stadtbauämtern, wie auch den meisten anderen Abteilungen, neue und erweiterte Aufgaben zugewiesen hat. Fort mit jedem Ballast und Beschränkung auf Aufgaben, die in der Not der Zeit noch als berechtigt erscheinen. Das ist das Gebot der Stunde. Zu der Personalvermehrung der Steuerbüros ist zu bemerken, daß der Anteil für Verwaltungskosten dadurch nicht viel höher liegen darf als der Anteil der Verwaltungskosten am Steueraufkommen des Jahres 1913. Von vielen Stadtoberhäuptern, sowie vom Landgemeindevater wurde gerade in der letzten Zeit betont, daß man nicht die Mißstände in den einzelnen Gemeinden und erst recht nicht in einzelnen Großstädten verallgemeinern dürfe und man solle es sich gesagt sein lassen, daß es nicht mehr viel einzuparen gäbe. Das können wir nicht gelten lassen und wir müssen fordern, daß das Reich hier energisch zupakt. Als der Wuppertaler Oberbürgermeister, der als der schlechteste besoldete Oberbürgermeister angesehen werden muß, trotz dieses geringen Gehalts auf weitere 25 Prozent seines Gehaltes verzichtete, da herrschte große Aufregung unter den höheren Kommunalbeamten. Man empfahl das Beispiel dieses Stadtoberhauptes nicht zur Nachah-

mung, da es der gesetzlichen Grundlage entbehre. Gut! Man schaffe diese gesetzliche Grundlage und schreibe den Gemeinden vor, wie hoch der Bürgermeister entsprechend der Einwohnerzahl besoldet werden darf. Wir kommen nicht um eine durchgreifende Besoldungsreform, die vorwiegend die unteren Beamten schont und die höheren schärfer erfaßt, nicht herum. Hier hilft kein Sträuben und Beharren, denn hier heißt es, zu retten, was zu retten ist. Lieber ein geringeres Einkommen als überhaupt kein Einkommen oder gar Wohlfahrtsunterstützung. Die Gefahr, daß die Gehälter eines Tages überhaupt nicht mehr zur Auszahlung gelangen können, sieht heute wohl jeder greifbar vor Augen. Wenn man mit Beamten des Finanzamtes spricht, so hört man gerade von ihnen, daß sie sich sehr viel Sorge um die Zukunft machen, denn sie haben den Einblick in die allgemeinen Vermögens- und Einkommensverhältnisse.

Durch diese Einschränkungen auf allen Gebieten wird auch die öffentliche Fürsorge einen gewissen Abbau erfahren müssen, soweit es sich um soziale Einrichtungen handelt. Diese soziale Fürsorge müßte wieder den kirchlichen und sonstigen Verbänden überlassen werden. Gewisse soziale Einrichtungen wie Säuglingspflege, Tuber-

kulosebekämpfung usw. würden zweckmäßig vom Roten Kreuz bzw. vom Vaterländischen Frauenverein übernommen. (Hierzu ist zu bemerken, daß diese Vereine und Körperschaften infolge der allgemeinen Verarmung kaum in der Lage wären, dem gewaltigen Massenelend auch nur im entferntesten zu steuern. — Die Red.). Der Kulturabbau ist nicht zu vermeiden. In vielen Orten müssen die höheren Schulsysteme zusammengelegt werden und die Erhöhung der Klassenfrequenz muß für eine Reihe von Jahren in Kauf genommen werden.

Erwerbslosen-, Krisen- und Wohlfahrtsfürsorge müssen vereinheitlicht werden. Der Etat der Wohlfahrtsämter muß für die Zukunft aus dem allgemeinen Etat ausgegliedert werden. Die Städte haben nach wie vor einen bestimmten Prozentsatz für die Wohlfahrtspflege an die Wohlfahrtsämter abzuführen. Die Ersparnisse, die die Stadtverwaltungen durch die Verwaltungsvereinfachungen erzielen, müssen natürlich erst die Lächer stopfen, die fast jeder Gemeindehaushalt aufweist. Darüber hinausgehende Ersparnisse müssen den Wohlfahrtsämtern zur Verfügung gestellt werden. Reichen diese Mittel nicht aus, die Wohlfahrtsämter mit den notwendigen Geldern zu versehen, so sollte durch einen besonderen Zuschlag zur Einkommensteuer eine Umlage von jedem Deutschen erhoben werden, der einen über das Existenzminimum hinausgehenden Verdienst hat. Es ist Recht und Pflicht, daß wir alle mit einander in dieser schweren Zeit für einander einstehen. Durch diesen Zuschlag zur Einkommensteuer kann man auch die hohen Einkommen der Aufsichtsräte, der Generaldirektoren der großen Industrie- und Handelsunternehmungen erfassen. Es wäre ein Unrecht, wollte man nun nur den Beamten Abzüge machen, ohne den Großverdienern auch erhebliche Opfer aufzuerlegen.

Diese Regelung sollte nur für eine Uebergangszeit gelten, bis man durch Zusammenfassung der einzelnen Erwerbslosenfürsorge-Einrichtungen einen Zweckverband geschaffen hat, der zu einer Zusammenlegung der Wohlfahrtsämter und Arbeitsämter führen sollte. Dieser Zweckverband sollte auch die Finanzierung der Arbeitsdienstpflicht übernehmen. Die Einnahmen würden einerseits in den Beiträgen zur Erwerbslosenfürsorge und andererseits in den staatlichen und städtischen Zuschüssen liegen. Auf diese Weise bekommen wir klare Verhältnisse in allen Etats und die Gemeinden können nicht immer wieder sich hinter die hohen Wohlfahrtslasten verschanzten, wenn man ihnen zum Vorwurf macht, daß die Verwaltungskosten zu hoch sind.

Die Hauszinssteuer sollte allgemein um 20 bis 25 Prozent gesenkt werden, damit zunächst die Mieten um 10 Prozent gesenkt werden könnten. Weiter sollte man auf Antrag die Hauszinssteuer allen Hausbesitzern erlassen, die nachweisen, daß sie den entsprechenden Vertrag zur Wiederinstandsetzung der Häuser verwandt haben. Natürlich wird kein Mensch mehr Hauszinssteuer zahlen, sondern sein Haus reparieren und aufzurichten lassen. Auf diese Weise bekommt der Baumarkt, der in den nächsten Jahren sehr darniederliegen wird, einigen Auftrieb. Man denke sich, was es bedeutet, wenn in einem Jahre das ganze Hauszinssteuereinkommen für die Instandhaltung des Altbefiges zur Verfügung steht. Unzählige Handwerkerhände bekommen Beschäftigung, Materialfabriken und Materialhändler Arbeit für ihre

Arbeiter und Angestellten, das Finanzamt aber erhält von einem Zweig unserer Wirtschaft wieder Steuern, der ganz aus dem Kreis der Steuerzahler ausgeschieden ist. Umsatzsteuer, Einkommen- und Gewerbesteuer werden dadurch vermehrt einkommen und einen gewissen Ersatz für den Ausfall der Hauszinssteuer bieten. Der Erlaß der Hauszinssteuer auf dem Antragswege ist umständlich, aber er bietet die einzige Sicherheit, daß die Hauszinssteuer auch wirklich für die Reparatur des Altbefiges aufgewandt wird. Dem Verfall des Altbefiges ist auf diesem Wege endlich einmal Einhalt getan. Der Staat, der durch die schwere Belastung des Hausbesitzes Schuld daran trägt, daß die Vorkriegshäuser dem Verfall preisgegeben wurden, muß unbedingt etwas tun, um die in diesem Hausbesitz stekenden Anteile am Volksvermögen nicht entwertet zu lassen.

Vom freiwilligen Arbeitsdienst müssen wir schnellstens zum Arbeitsdienstpflicht gelangen. Die Arbeitsdienstpflicht ist das geeignete Mittel, um die notwendigen Meliorationen sowie die Urbarmachung weiterer Gebiete durchzuführen. Die Landsiedlung, die wir dringend brauchen, wird damit in Fluß kommen. Die Bevölkerung, die in den Städten nie mehr Arbeit findet, muß heraus aus der Stadt. Weshalb die Regierung im Punkt der Arbeitsdienstpflicht nicht energischer zugegriffen hat, ist unverständlich. Jedenfalls liefert das kleine Bulgarien den Beweis, daß die Arbeitsdienstpflicht auch mit Ueberflüssen arbeiten kann. Zunächst aber sind Geldmittel nötig, um die Dinge in Fluß zu bringen. Der weiter oben angebotene Zweckverband könnte die Finanzierung übernehmen.

Neben diesen Reformen sind noch bei vielen anderen Einrichtungen und Verwaltungen Reformen durchzuführen. Erwähnt sei nur das Krankenkassenwesen. Nur wenige Zahlen sollen an dieser Stelle den Beweis dafür erbringen, daß auch hier noch vieles zu verbessern und zu ersparen ist. Aus dem neu herausgegebenen Jahrbuch der Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen ergibt sich folgendes Bild über die Verwaltungskosten:

	1914	1929
Zahl der versch. Mitglieder	16,6 Mill.	22,4 Mill.
Zahl der Fam.-Mitglieder	4,0 "	16,0 "
Betragsentnahmen	570,9 "	2088,5 "
Verf. Verwaltungskosten	49,5 "	141,2 "
Das macht pro Mitglied	3,- Mt.	6,75 Mt.

Wenn man die Familienversicherten mitrechnet, ist trotzdem die erhebliche Mehrbelastung der Versicherten deutlich erkennbar. Das gesamte Reinvermögen der reichsgegliederten Krankenkassen (also ohne die Erbschaften) belief sich 1929 auf 800,1 Millionen Mark und im Jahre 1914 dagegen nur auf 429,7 Millionen. Das Vermögen der Krankenkassen ist seit dem Jahre 1924 Jahr für Jahr um 92—127 Millionen gewachsen und im Jahre 1913 nahm das Vermögen der Kassen nur um 11,4 Millionen zu. An Kosten der Krankenbehandlung wurden im Jahre 1929 an 30000 approbierte Ärzte 467,7 Millionen Mark gezahlt. In dieser Summe erscheinen auch einige Nebenkosten, die aber die Gesamtsumme nicht sehr stark beeinflussen werden. Diese wenigen Zahlen sprechen für sich, und deshalb soll das Kapitel hiermit abgeschlossen werden.

In ähnlicher Weise liegen die Verhältnisse bei den Berufsgenossenschaften, Landesversicherungsanstalten

und anderen Anstalten. Aus allem geht hervor, daß die Regierung in den nächsten Monaten eine Fülle von Aufgaben zu lösen hat. Das Schicksal unseres Volkes hängt davon ab, wie schnell und in welcher Weise die notwendigen Reformen durchgeführt werden. Noch will es uns nicht erscheinen, als ob es zu spät sei mit den besprochenen oder ähnlichen Maßnahmen zu einem Erfolg zu kommen. Solange aber unser Reichskanzler sich nicht frei macht von gewissen partei- und interessenpolitischen Einflüssen, wird er immer in seinen Entschlüssen und Handlungen gehemmt bleiben. Da den Ländern es überlassen ist, nach allgemeinen Richtlinien selbständige Vorverordnungen zu erlassen, so können wir für Breußen nicht allzuviel erhoffen. Bestenfalls wird man die Reformen in langen Etappen durchführen, bis auch im Volk das nötige Verständnis dafür erwachsen ist, und dann wird es endgültig heißen: Zu spät!

Pazifismus?

Obgleich wir wissen, daß die nachfolgenden Ausführungen die unter Christen schwer umstrittene Frage nicht klären, möchten wir doch einem alten treuen Leser das Wort in diesem Sinne gönnen.

Die Abhandlung „Der deutsche Christ und der Friede“ in Nr. 201 (Beilage), hat meinen heftigen Widerspruch hervorgerufen. Ich kann selbstverständlich dem Verfasser nicht Mangel an Liebe zum Vaterland vormwerfen — der Klang seiner Worte läßt ernstes Wollen und warmes Empfinden für Deutschlands Wohl erkennen. Aber seine Schlussfolgerungen muß ich ablehnen.

Vor allem scheint mir die Frage wichtig: „Haben Menschen die Möglichkeit, den Krieg abzuschaffen?“ Bei flüchtigem Vergleich der Gegenwart mit den Ansichten und Gebräuchen des Mittelalters kann man vielleicht behaupten, daß der Krieg zwischen Völkern ebenso beseitigt werden kann, als die damals üblichen Fehden zwischen Einzelpersonen. Das wäre aber ein Trugschluß! Der Kern des Übels sitzt tiefer. Solange die Selbstsucht und Herrschsucht nicht ausgerottet ist aus Menschenherzen, so lange ist die Sache der „Pazifisten“ aussichtslos. Nur die Form der Kriege wechselt. Es ist im Grunde einerlei, ob man den Gegner mit der Lanze oder mit der Handgranate, mit der Hungerblockade oder mit Tributlasten bekämpft und zu Grunde richtet. Seit Menschengeburten besteht der Verkehr zwischen Mensch und Mensch zum größten Teil aus Kampf. Selbst im sogenannten „Konkurrenzkampf“ gibt es Verwundete und Tote. Wer also den Kampf mit Waffen ablehnt, muß sich auch freihalten vom Konkurrenzkampf! Wie will man das machen? Die Bitte des Vaterunsers: „Dein Reich komme“ ist seit fast 2000 Jahren unaufhörlich gebetet worden, ohne daß sie im Vollinn des Wortes erhört worden wäre; wer will behaupten, dies liege nur an der Mangelhaftigkeit des Gebetes? Ohne Zweifel sprechen auch hierbei die Geheimnisse Gottes ihre beredte Sprache. Erst muß die Zeit erfüllt sein, ehe die Hoffnung auf Abschaffung des Krieges erfüllt werden kann. Einmal ist es nicht einmal möglich, den christlichen Kommunismus zu verwirklichen, was durch das Beispiel von Wilhelmsdorf (Württemberg) am deutlichsten bewiesen wird. Dort konnten anerkannt ernste Christen den „Frie-

Geöffnete Augen. Zum Gedächtnis unserer Gefallenen.

Von Gustav von Rohden.

Alle Naturfreude aber erhält ihren besonderen, prickelnden Reiz durch den Gegensatz des Unheimlichen, des Leuten: „Das Sonnenlicht fällt in warmen, samtartigen Farbtönen durch die gemalten Fenster. Der Soldat kann sich nicht satt daran sehen. Das Dorf ist klein, im Bereich der schweren feindlichen Artillerie, weshalb abends kein Licht brennen darf. — Auf der Wiese hinter der Kirche liegt ein blindgegangenes Geschöß, eingezäunt wie ein bissiger Hund. Ein Ungetüm von faszinierender Unheimlichkeit. Man muß immer wieder hinsehen. So ein Kloben! Sonst ist's so friedlich hier! Im Garten des zerfallenen Pfarrhauses blühen Schneeglöckchen. Vögel singen, der Pfug geht durch die Wiese, Kühner sind in den Ställen. Die Kühe steht zwischen den Kreuzen des Friedhofes, die Musketiere liegen auf den Rasenhügeln und singen ihre Lieder — eine eigene Mischung von Lebenslust und Todesahnung!“ (Kriegsbriefe S. 69).

„Drei Tage Frühling! Eine sonnige Nervenwäsche in dem reizenden Bergstädtel, das sich vom Berg ansieht wie ein dächertragender Strom, der sich zwischen zwei Waldbergen durchzwängt — schmaler und dichter werdend und wieder in die Breite flutend. Die graue, hinter der erhöhten Straße versunkene alte Kirche, umrahmt von frischem Grün, lachendem Weiß und flammenden Pfirsich- und Mandelbäumen — wie das verwunschene Schloß in Dornröschen. — Ich liege am Wiesenhang. Blauer Himmel, tiefstehende Fichten, grüne Laubknospen. Ein Eichhörnchen sieht mich nicht und springt spielend von Zweig zu Zweig. Finken konzertieren und Zaunkönige krawollen in der staubigen Hecke. Drei kleine Mädels kommen kichernd mit Blumen, legen sie verstohlen neben mich hin, springen fort, um andere zu suchen, haschen sich und rufen, wer die meisten findet, bis ich einen dicken Strauß habe: weiße und blaue Veilchen, Anemonen und gelbe Sternblumen. Während ich die Blumen ordne, sind die Mädels weg wie ein Frühlingshauch — noch ein Paar blaue Augen hinter der staubigen Hecke und Lachen tief unten auf der weiß-grünen Wiese. Dann greife ich wieder zu meinem Märchenbuch. Die Finken zanken sich, die Sonne brütet. Eine Kuhherde graßt vorüber. Jede sieht mich an und wundert sich. — Der Abend wird kühl. Eine Rundharmonika und der Tritt einer Kolonne erinnern, daß man im Felde, im Kriege unter erdgrauen

Soldaten ist. Ich hatte das alles vergessen: die gleichgrauen Uniformen, die gleichgrauen Schützengräben, den Staub der Granaten, den Modergeruch der Schützengräben und die blassen übermüdeten Gesichter. Ich hatte das alles vergessen in dem Grün, dem Blütenweiß, dem lachenden Rot, den blauen Augen, dem Veilchenblau, dem Frühlingshauch. — Aber morgen schnallen wir wieder um und kriechen in die Schützengräben.“ (a. a. O. S. 290).

Es war in der graugrün blutgetränkten Champagne, wo der Theologe Georg Steinbrecher, so heißt der Naturschwärmer, sich an diesem lieblichen Bild aus Natur- und Menschenwelt erlaben durfte. Nicht lange aber dauerte es, daß er ganz andere, wilde Gefühle in sich aufzunehmen hatte. „Die Schützengrabenpoesie ist nun vorbei.“ schüttelt er sich, nach der Sommerfahne, „Somme — die Weltgeschichte hat wohl kein grauenvolleres Wort. Alles, was ich jetzt wieder habe — Bettwäsche, Nachtruhe, Wasser — alles kommt mir fremd vor, als hätte ich das Recht darauf verloren. Und doch waren es nur 8 Tage. Das Leben ist ein Geschenk. Wenn ich alles nicht gesehen hätte!“ (a. a. O., S. 290). „Die Robinsonade hat sich überlebt. Wir haben die Schlacht gesehen und wir sehen auch jetzt immer nur die Schlacht. Wir sind klug geworden, ernst und sachlich. . . Wenn man gesehen, wie roh, wie gemein der Krieg sein kann, kommt einem eine idyllische Kampfpause wie eine Galgenfrist vor. Mein Hund schnarcht, der Tee ist kalt geworden. Früher winkten Bilder von der Wand, jetzt überall Karten, Befehle, Meldungen. Mir ist manchmal so winterlich zumute. Der Krieg, der so jugendfrisch begonnen, wird als ein schminkblasser, langweiliger, überlebter Schauspielers enden. Sieger ist nur der Tod.“ (a. a. O. S. 212).

Ja, der Tod wird mal das letzte Wort behalten. Um so intensiver faßt der empfängliche Sinn noch all das Schöne ein, was das Leben in dieser Welt des Todes zu bieten hat. Das Leben, das auch von der furchtbaren Kriegszerstörung nicht vernichtet werden kann, das auch auf den schändlich verwüsteten Gefilden mit jedem Frühjahr neu sich durchsetzt. Da ergötzt sich ein junger Leutnant an dem „einzig schönen Parrotwald“ mit den herrlichen Buchen und gewaltigen, herzoggrad ragenden Eichenbäumen, mit seinem „Buschwerk und Unterholz so dicht, daß nur Axt, Spaten und Seitengewehr sich einen Weg bahnen kann.“ Einem Dichters, das „vor dem Eindringen der Tausende von Soldaten ein Eldorado für mancherlei edles Getier gewesen sein“ wird, jetzt aber ist das Schwarzwild bis auf Reste in den Kochkesseln vom Franzmann und unsern geräumigen Feldküchenkesseln

verschwunden. In der neutralen Zone zwischen beiden Hindernissen fühlt sich das Bild noch am sichersten, und wenn die dicke Frau Mama mit ihren Ferkeln nachts zwischen 1 bis 3 Uhr spazieren geht, dann mag es sie unbekümmert lassen, daß ihr geheimnisvolles Rascheln höchstens das Herz des Hordpostens schneller schlagen und seine Muskeln sich um den Gewehrlauf straffer spannen läßt. Allerlei bunte Vögel gib's, Reptile und anderes Getier. Was für ein interessantes Treiben offenbart sich dem geduldigen Beobachter.“ (Zwei Brüder, Bd. I, S. 51 f.).

Ergreifend ist dem deutschen Soldaten insbesondere, wie die Singvögel sich an den brüllenden Lärm der Hölle gewöhnen und die Lerchen zwischen den sich beschließenden Schützengräben trillernd in die Höhe steigen. Ueberall die von keinem Tod zu zerstörende Schönheit der Schöpfung. Das muß der Trost sein: Schönheit von solcher Höhe ist sicher unsterblich, ein Hauch des Ewigen, der ihn selber ahnen läßt und nicht vorbei ist mit dem Tod. Wenige Tage vor seinem Kriegstode durfte dieser Lehrer des ewig Schönen seine Lebensphilosophie zusammenfassen in die Strophen:

An den Ufern der Döse
lieg ich träumerisch im Grase,
meines Rappens schlankes Nase
schmiegt sich weich in meine Hand;
Wogensäume, Wolkenäume
tragen meine Sehnachtsräume
fort in ferne liebe Räume:
Heimat du, am Ostseestrand!
Herz, nicht trauern viel und sinnen,

schnell ist Raft und Ruh von hinnen;
lausch der Friedensharfe innen,
die in ewiger Schönheit schwingt, —
Nur nicht klagen viel und zagen,
wird wohl bald ihr Spiel zerschlagen,
eh' ich seine Pracht konnt' sagen,
Wenn mir auch das Herz zerspringt. —
Schönheit, die so ewig klingt,
darf wohl selbst kein Tod zerschlagen,
Marter nicht und Grab zernagen,
will ich zu den Sternen tragen,
wo ihr Urquell ewig klingt,
und in neuen Schöpfungstagen
auch mein Wollen sich vollbringt.

(Kriegsbriefe S. 49 f.)

den Zustand“ nicht mit Zwängen, die den. Wenn man e sein wird? Reichen, auf nen Einfluß Krieg mit m nur Gott Ve gemäß seiner Gedanken.“

Die Inflation Naturereignis solchen vergl mit „Elektri Ber wird be andere able ablehnen?“

Der Verfo ausgenomme und als „F nicht zu merz Eintritt in e eitel Friede zu erheben c Rot freien R Wenn die der, selbst d ein Vergernis fagen, nicht zur Wehr f gehörigen; j „Mergernis“ ein Schwert bei Gott ver Polizee seht sehen außerd Anwesenfug gleiche Joha

Diese neu an die „Ju auf vaterlän abgefunken. im persönlich scheinen, ich „Kreuzritter ren niemals nen, ob Kr neuer Zeital steuert den 2 Vers 10), d. Zweifel ist „Kreuzritter Wohllosigkeit Gottes“, we das eigene t

Aus eige kann mir n ner sich mit ist's nicht a lionen Män teulischen J wohlgefällig schmachvolle als unser V Gott keinen nur passive sich wohl ge David wird genannt un hörte doch f

Vielleicht zehntlang c neigung zu bunten Roc ruhte, entf Ansporn un kommt mir bar dafür nießen „ke Erfüllung komme“; c Bitte: „Dein kein Krieg solle nicht schauen, we traut ist,

Befeh

Zur W Der Bo Gewerkschaf von Arbeit baren freien weiteren un nung der müße für le erreicht wer auch die In ren. Sobar Juni-Rotter Verwaltung Der f Deutschen G fungen an Auswüchse der Arbeits Arbeitszeit

hervor, daß die Fülle von Auf- fassen die notwen- dige will es uns den besproche- nen Erfolg zu kom- men nicht frei politischen Ein- flusses und Hand- lungen es überlassen die Notverord- nungen Preußen nicht die Reformen im Volk das und dann wird Th.

gungen die Frage nicht reuen Leser das

und der Friede" den Widerspruch dem Verfasser werfen — der und warmes en. Aber seine

„Haben Men- schen?" Bei den Ansichten von vielleicht be- reits ebenso be- stehenden zwi- schen Trugschluß! die Selbstsucht Menschenher- zen" ausichtslos.

ist im Grunde ge oder mit der er mit Tribut- Seit Menschen- Mensch und selbst im so- verundete und lehnt, muß sich Wie will man: „Dein Reich thörlich gebetet tes erhört wor- ge nur an der zweifel sprechen ihre beredte ge die Hoffnung en kann. Einst- stlichen Kom- als Beispiel von sthen bewiesen stten den „Frie-

zwischen beiden sichersten, und rkelchen nachs mag es sie un- volles Rascheln neller schlagen hrlauf straffer s, Reptile und es Treiben of- (Zwei Brüder,

n insbesondere, Wärm der Hölle sich beschließen- steigen. Ueber- Schönheit der öhheit von sol- des Ewiges, der mit dem Tod.“ ste dieser Ver- losophie zusam-

nd;

en,

nen;

—

lagen,

1,

ngt. —

lagen,

49 f.)

benzustand“ nicht aufrecht erhalten. Man ging zwar nicht mit Säbeln auf einander los, aber man war ge- zwungen, die kommunistische Verfassung zu verabschie- den. Wenn dies unter ersten Christen möglich war, wie kann man erwarten, daß die Welt eine friedliche sein wird? Es gibt auch gewiß zu denken, daß in den Reichen, auf welche der Mensch in dieser Beziehung kei- nen Einfluß hat, im Tier- und Pflanzenreich, ständig Krieg mit meist grausamen Mitteln herrscht. Hier kann nur Gott Wandel schaffen — Er tut es einstweilen nicht, gemäß seinem Wort: „Meine Gedanken sind nicht eure Gedanken.“

Die Inflation war keineswegs, wie vorgegeben, ein Naturereignis. Mir scheint aber der Krieg mit einem solchen vergleichbar. Wenn die „Atmosphäre“ genügend mit „Elektrizität“ geladen ist, kommt die „Entladung“. Wer wird beides herbeiführen, wer wird eins oder das andere ablehnen? Können wir auch ein Erdbeben ablehnen?

Der Verfasser der obigen Abhandlung fühlt sich „her- ausgenommen aus dem gegenwärtigen, bösen Zeitlauf“ und als „Fremdling und ohne Bürgerrecht“. Er scheint nicht zu merken, daß er sich damit reich erklärt für den Eintritt in die Klosterzelle. Und auch dort wird nicht eitel Friede sein. Es ist zudem keine Heldentat, Anspruch zu erheben auf „Bürgerrecht“ in einem von Kampf und Not freien Reich!

Wenn die modernen „Kreuzritter“ glauben, daß je- der, selbst der Verteidigungskrieg, in den Augen Gottes ein Vergernis ist, so dürfen diese, getreu ihren Grund- sätzen, nicht einmal einem Raubmörder gegenüber sich zur Wehr setzen, auch nicht zum Schutz von Familienan- gehörigen; ja selbst der Ruf nach der Polizei wäre ein „Vergernis“ in zweifacher Hinsicht: 1. die Obrigkeit hat ein Schwert (Römer 13, Vers 4) und solches ist angeblich bei Gott verpönt; 2. Das Abschieben der Lastkraft auf die Polizei fehlt Feigheit voraus. Die „Kreuzritter“ über- sehen außerdem, daß der Herr Jesus selbst seine eigenen Anweisungen nicht immer buchstäblich befolgt hat. (Ver- gleiche Johannes 18, V. 23 mit Lukas 6, V. 29).

Diese neue Organisation erinnert mich unwillkürlich an die „Jungdeutschen Ordensritter“. Auch diese sind auf vaterländischem Gebiet zur Bedeutungslosigkeit her- abgesunken. Ich selbst sehne mich von Herzen danach, im persönlichen Leben als ein Kind des Friedens zu er- scheinen, ich bin aber fest davon überzeugt, daß alle „Kreuzritter“ der Welt auch mit dem sanftesten Gebah- ren niemals irgendwelchen Einfluß darauf haben könn- ten, ob Krieg ausbricht oder nicht, solange nicht ein neuer Zeitabschnitt von Gott herbeigeführt wird. Er steuert den Kriegen in aller Welt, nicht wir, (Psalm 46, Vers 10), d. h. er setzt ihnen ein Ziel, wie er will. Ohne Zweifel ist es auch ein verhängnisvoller Irrtum der „Kreuzritter“, wenn sie glauben, im Reich Gottes sei Wehrlosigkeit Pflicht; ist das etwa ein „Bau des Reiches Gottes“, wenn man es tatenlos duldet, daß die Feinde das eigene Volk und Land verwüsten und knechten?

Aus eigener Anschauung kenne ich nicht die Schlacht, kann mir nichts Grausigeres vorstellen, als wenn Män- ner sich mit dem Stahl im Nahkampf durchbohren; aber ist's nicht auch ein grauenhafter Mord, wenn man Mil- lionen Männer zur Untätigkeit zwingt, mittels eines teuflischen Finanz- und Tributsystems? Ob es nicht Gott wohlgefälliger wäre, falls wir uns wehren könnten, das schmachvolle Joch abzuwerfen unter Einsatz des Lebens, als unser Volk langsam zu Grunde gehen zu lassen? Hat Gott keinen Gefallen an Mut und Tapferkeit? Liebt er nur passive Tugenden und nicht aktive? Dann hat Gott sich wohl gewandelt seit einigen tausend Jahren? König David wird doch „ein Mann nach dem Herzen Gottes“ genannt und war mit dem Schwert verwachsen! Ich hätte doch schon als Kind, Gott sei unumwandelbar?!

Vielleicht erbte ich vom Großvater, welcher jahr- zehntlang Soldat war und 1813/15 mitkämpfte, die Hin- neigung zu militärischen Dingen. Obgleich ich selbst den bunten Rock nicht trug: Militärmusik und der zielbe- wußte, entschlossene Aufmarsch einer Truppe ist mir ein Ansporn und Gleichnis für die innere Haltung und be- kommt mir so gut wie ein Stahlbad! Und ich bin dank- bar dafür, daß ich das hier am Ort ge- nießen kann. Das hindert mich nicht, die Erfüllung der Bitte zu ersehnen: „Dein Reich komme“; aber mehr noch lege ich Wert auf die Bitte: „Dein Wille geschehe.“ Ohne seinen Willen kann kein Krieg ausbrechen. Jedenfalls möchte ich im Ernst- falle nicht als sogenannter „Kreuzritter“ tatenlos zu- schauen, wenn man aus Deutschland, das uns an ver- traut ist, eine Wüste machen will. Lieber tot als Sklav!

Ernst Begehach.

Marburg-Lahn, Großfeilheimerstr. 35.

Beschlüsse der Gewerkschaften.

Zur Wirtschafts-, Arbeits- und Wohnungspolitik.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften lehnte auf einer Tagung in Hannover die von Arbeitgeberseite geforderte Einführung eines abding- baren freien Lohnspielraums in den Tarifverträgen ab. Des weiteren wandte sich der Vorstand gegen eine Ueberspan- nung der Lohnpolitik. Durch beschleunigte Maßnahmen müsse für lebensnotwendige Waren ein tieferes Preisniveau erreicht werden. Eine Milderung der Hauszinssteuer müsse auch die Interessen der Mieter und des Baumarktes wach- ren. Sodann wurde u. a. die Beseitigung der Härten der Juni-Notverordnung und eine durchgreifende Reichs- und Verwaltungsreform gefordert.

Der Frankfurter Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm zwei neue Entschlie- sungen an und spricht sich darin für die Beseitigung der Auswüchse des Doppelverdienstes und für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch systematische Wertung der Arbeitszeit aus.

Zollunions-Ersatz?

— Berlin, 3. Septbr.

Das Gutachten des Haager Gerichtshofes über die an- sich klare, trotzdem aber umstrittene Rechtsgrundlage des österreichisch-deutschen Zollprotokolls vom März 1931 ist nunmehr für Sonnabend zu erwarten. Ueber den Inhalt dieses Spruches ist, merkwürdigerweise noch ehe er ge- fällt worden ist, bereits soviel durchgeleitet, daß damit ge- rechnet werden muß, daß die Mehrheit des Haager Richter- kollegiums wohl einen Vorstoß gegen das Friedensdiktat von St. Germain als nicht vorliegend anerkennen, dafür aber eine „Verletzung“ der von Oesterreich 1922 mit dem sogenannten Genfer Protokoll übernommenen Ver- pflichtungen feststellen wird.

Nun wird man mit der Stellungnahme zu diesen Ge- dankengängen tunlichst rasche solange warten, bis man die wahre Entscheidung des Haager Gerichtshofes und vor al- lem den Wortlaut des Gutachtens kennt. Das hindert frei- lich nicht, schon jetzt festzustellen, daß gar keine Rede davon sein kann, das Genfer Protokoll verbiete den Abschluß einer österreichisch-deutschen Zollunion! Oesterreich, das 1922 von einer schweren Inflationskrise erschüttert wurde und sich damals mit einem Anleihegesuch an den Völkerbund wandte, hat sich zwar auf die Gewährung der Völkerbunds- anleihe hin eben mit dem Genfer Protokoll verpflichtet, auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit aufrechtzuerhalten, aber auch dieses Protokoll hat ausdrücklich Deutsch-Oester- reichs Freiheit in Bezug auf Zolltarife und Handelsabkom- men bekräftigt. Es kann daher gar nicht zweifelhaft sein, daß Oesterreich nach wie vor zum Abschluß einer Zoll- union mit dem Deutschen Reich berechtigt ist.

Etwas anders verhält es sich dagegen mit der prakti- schen Durchführbarkeit einer solchen Zollunion. Wenige Wochen nach der Bekundung des österreichischen und deutschen Willens zur Ausweitung des Wirtschafts- raumes setzte jene große Krise ein — Minister Dr. Curtius sprach von einem finanziellen Erdbeben — deren heftige Nachwehen wir noch jetzt verspüren. Als dann gar England mit dem Liebergeheiß des Brandes auf das eigene Haus auch Oesterreich den im Mai gewährten Kredit in Höhe von 150 Millionen Schilling kündigte, mußte sich die Wiener Regierung abermals mit einem Anleihegesuch an den Völkerbund wenden, womit Frankreich eine willkom- mene Gelegenheit erhielt, um stärksten Druck auf Oesterreich auszuüben. Die französische Presse ging sogar soweit, als Vorbedingung für die Zustimmung Frankreichs zu einer neuen Völkerbundsanleihe von Deutsch-Oesterreich einen „feierlichen Verzicht auf die Zollunion“ zu verlangen.

Ein solcher Verzicht wird jedoch nicht erfolgen! Selbst wenn Deutschland und Oesterreich nach der Haager Entschie- dung vorerst weitere Verhandlungen über die Durchfüh- rung der Zollunion nicht führen sollten, womit leider zu rechnen ist, steht ihnen doch die Wiederaufnahme der Ver- handlungen frei. Und das wird selbst durch ein Haager Gutachten in dem oben erwähnten Sinne nicht beeinträch- tigt, weil ja schließlich auch das — falsch ausgelegte — Gen- fer Protokoll von 1922 Oesterreich nur solange binden wird, als Deutsch-Oesterreich zur Inanspruchnahme der Völker- bundsanleihe genötigt ist.

Offenbar wird nun daran gedacht, den mit der öster- reichisch-deutschen Zollunion erstrebten Zweck auf andere Weise zu erreichen. So hört man von „neuen Wegen“ und „umfassenderen Maßnahmen“ zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise, die noch immer am schlimmsten auf Deutsch- land lastet. Nähere Aufklärung hierüber dürfte die Er- klärung bringen, die Reichsaussenminister Dr. Curtius am Sonnabend im Europa-Ausschuß des Völkerbundes ab- geben wird. Da aber deutscherseits schon im ersten Stadi- um den anderen Mächten der Beitritt zur Zollunion nachdrücklich freigestellt worden ist, liegt es nahe, in den „umfassenden Maßnahmen“ Bemühungen um die wirt- schaftliche Verständigung zwischen einer größeren Staaten- gruppe zu vermuten. Nachdem bisher die politische Ver- ständigung wenig Erfolge gezeitigt hat, würde man es jetzt also einmal mit einer wirtschaftlichen versuchen, die freilich das mit der politischen gemeinsam hat, daß auch hier das deutsch-französische Problem den Kern- punkt abgeben wird.

Nach Genf sollen darum diese Verhandlungen ange- sichts auch mit dem neuerdings für den 26. August in Aus- sicht genommenen französischen Gegenbesuch in Berlin und ferner mit dem Amtsantritt des neuen Bot- schafters Francois Boncet — des Verfassers des französi- schen Gegenentwurfs gegen das Zollprotokoll — fortgesetzt werden.

Aktivität auch in der Handels- und Wirtschaftspolitik bleibt nach wie vor für Deutschland eine Notwendigkeit. Nicht den Vereinigten Staaten hat Deutschland die größte und leistungsfähigste Industrie. Sein innerer Markt jedoch ist zu klein geworden, um die Produktion der heimischen Industrie aufzunehmen. Wie günstig ist dagegen die Lage der Vereinigten Staaten, die nur wenige Prozent ihrer gesamten Warenerzeugung im Ausland abzusetzen brau- chen. Und wie gut sieht Deutschland gegenüber auch das ebenfalls in Not befindliche England da, das immerhin be- nahe die Hälfte seiner Ausfuhr in den eigenen Kolonien unterbringen kann. Deutschland dagegen muß einen sehr erheblichen Teil seiner Gütererzeugung an das Aus- land verkaufen und dabei mit der ausländischen Konkur- renz um jede Mark und um jedes Kilogramm ringen. Selbst die Gewährung von Anleihen, durch die andere Mächte ihre Ausfuhr fördern und stützen können, ist uns nicht möglich, weil es uns selbst an Kapital fehlt.

Hier mündet freilich das Zollunionsprojekt in ein grö- ßeres. Aber die Lösung dieses größeren Problems wird nur von unten her und nur unter der Freimachung von dem Geist gefunden werden können, der Europa in der Nachkriegszeit beherrschte! Die Durchführung des deutsch- österreichischen Zollprotokolls vom März würde ein Schritt vorwärts zur Sanierung der gesamten europäischen Wirt- schaft gewesen sein. Daß hier Schwierigkeiten entstanden sind, mag einmal daran liegen, daß dieser Schritt viel- leicht in einem ungünstigen Zeitpunkt getan worden ist, aber vor allem ist die Erklärung in der Tatsache zu suchen, daß das reiche und gefüllte Frankreich, sich sonnen in seinem großen Kolonialreich, seinem ungeheuren Kapitalreichtum und seiner politischen Machtstellung, bisher nicht die in- neren Triebkräfte für Rekonstruktionen aufgebracht hat! Frankreich war bisher immer darauf be- dacht, seinen Besitz zu erhalten, als sich fortzuentwickeln. Für Deutschland aber hängt gerade alles von dieser Fort- entwicklung der europäischen Verhältnisse ab.

Notruf der Landgemeinden.

Eine Folge der Bevorzugung der Großstädte.

— Berlin, 3. September.

In einer Besprechung mit der Presse entrollte der Prä- sident des Deutschen Landgemeindeförderungsbundes und des Verban- des der preußischen Landgemeinden, Reichstagsabgeordneter Dr. Gerek, ein tröstliches Bild von der kata- strophalen Lage der Gemeinden. Die finanzielle Not der länd- lichen Gemeinden lasse sich mit Sparmaßnahmen allein nicht mehr beheben. Die Richtlinien des Reichsfinanzministers für eine „Sparaktion“ gingen in erheblichem Umfang wie- derum nur von großstädtischen Verhältnissen aus.

Die Finanznot der ländlichen Gemeinden und Kreise beruhe auf der die großen Städte einseitig bevorzugenden Verteilung des Steueraufkommens durch die Finanzau- sgleiche der meisten Länder sowie auf der Ueberbürdung der zwangsläufigen Ausgaben auf den Gebieten der Schule, der Fürsorge und des Straßenbaus. Diese Finanznot werde noch besonders verschärft durch die Sparassenenotver- ordnung, die den Sparassenen verbiete, den Gemeinden Kre- dite zu gewähren, und damit die leistungsschwachen Ge- meinden in eine unhaltbare Lage bringe. Die vorgezeich- nete Naturalerpflegung der Arbeitslosen müsse bald gefördert werden, wenn auch durch eine derartige Maßnahme wesentliche Ersparnisse nicht erzielt werden.

In einer Entscheidung wird die Erwartung aus- gesprochen, daß die Verordnung zur Sicherung der Haus- halte der Länder und Gemeinden nicht etwa zu einer über- stürzten, die örtlichen Verhältnisse nicht genügend berück- sichtigende Zusammenlegung von Kreisen gegen den Willen der Bevölkerung benutzt wird.

Wiedereröffnung der Börsen.

Mäßige Ultimoblastung der Reichsbank.

— Berlin, 2. Septbr.

Nach mehr als siebenwöchiger Pause sind ab heuti- gen Donnerstag die deutschen Wertpapierbörsen wieder ge- öffnet. Termingeschäfte bleiben jedoch nach wie vor verbo- ten. Ferner bleiben die Bestimmungen der Notverordnung vom 15. Juli in Kraft, wonach es verboten ist, in öffentli- chen Bekanntmachungen oder in Mitteilungen, die für einen größeren Personenkreis bestimmt sind, Angaben über Preise zu machen, zu denen Wertpapiere gehandelt, angeboten oder gesucht sind oder sein sollen; es sei denn, daß es sich um amtlich festgesetzte Kurse einer Börse handelt. Hiernach sind derartige Angaben über Kurse des Freiverkehrs in zum amtlichen Handel zugelassenen Wertpapieren sowie über Kurse sogen. unnotierter Wertpapiere verboten. Es wird geprüft werden, ob und zu welchem Zeitpunkt Ausnahmen von diesem Verbot zugelassen werden können.

Der soeben erschienene Wochenanweis der Reichsbank bestätigt die bereits bei der Diskontierung von Dr. Luther mitgeteilte Tatsache, daß die Ultimoblastung der Reichsbank sich in sehr engen Grenzen gehalten hat; sie betrug 296,4 Millionen RM. An Reichsbanknoten sind 334 Millionen Reichsmark und an Rentenbankscheinen 22,2 Millionen RM. in den Verkehr abgesetzt. Gold- und Devisenbestände ha- ben sich um 42,6 Mill. RM. erhöht, und die Notendeckung ist dementsprechend auf 39,3 gegen 41,5 Prozent zurückge- gangen.

Kirche für Abrüstung.

Tagung des Weltbundes für internationale Freundschafts- arbeit der Kirchen.

— London, 3. September.

Der Weltbund für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen ist in Cambridge zu Beratungen zusammenge- treten, die fünf Tage umfassen werden. Im Mittelpunkt der Tagesordnung steht die Abrüstungsfrage, die vom sitti- lichen und religiösen Gesichtspunkt aus behandelt werden soll. Insgesamt waren über 350 Abgeordnete der prote- stantischen, anglikanischen und griechisch-orthodoxen Chris- tenheit aus allen Teilen der Welt erschienen. Der deutschen Abordnung gehören Prälat Schöll aus Stuttgart, die Ber- liner Professoren Titius und E. Siegmund-Schulke an so- wie Reichsgerichtspräsident a. D. Simons.

In der Eröffnungsansprache wurde der Ernst der ge- gegenwärtigen Weltlage in eindringlichen Worten zum Aus- druck gebracht. Der Erzbischof von Canterbury führte in seinen Begrüßungsworten aus, daß Verträge und Pakt, so wertvoll sie sind, das Gefühl der Sicherheit, von dem ein stabiler Friede abhängt, nicht bringen könnten, solange der Geist des Mißtrauens, der Eifersucht und der Furcht zwischen den Völkern fortbesteht.

Nach der Eröffnungsfeier, in der auch Begrüßungs- schreiben von MacDonald und Henderson zur Verlesung ka- men, traten die Ausschüsse zusammen, die die Beratungen der Vollversammlung für die nächsten Tage vorbereiten.

Neue Regierungspräsidenten.

Durch Beschluß des preußischen Staatsministeriums wurde der Regierungspräsident Scherer in Sigmaringen in den einstweiligen Ruhestand versetzt und der Ministerial- direktor im Ministerium des Innern, Dr. Brand, zwecks Einsparung einer Ministerialdirektorstelle in diesem Mini- sterium kommissarisch zum Regierungspräsidenten in Sig- maringen ernannt.

Der Oberpräsident der Provinz Pommern, Dr. von Halfer, wurde gleichzeitig zum Regierungspräsidenten in Stettin ernannt.

Wie dazu von privater Seite verlautet, wird der von dem Ministerialdirektor Dr. Brand bisher versetzte Posten des Personalreferenten in Zukunft von Staatssekretär Abegg mit übernommen werden.

Deutsches Gymnasium geschlossen.

— Danzig, 3. September.

Nach dem Fortgang des bisherigen Leiters des deut- schen Gymnasiums in Dirschau machte das polnische Schul- kuratorium in Thorn die Erteilung einer neuen Konzession von den verschiedensten Bedingungen abhängig, deren Erfüllung unmöglich war. Jetzt ist das Gymnasium nun mit der Begründung geschlossen worden, statt der vorge- schriebenen Zahl von 200 Schülern lägen nur von 150 Anmeldungen vor. Die Dauer der Schließung soll sich zu- nächst auf ein halbes Jahr erstrecken.

Macdonalds politischer Kurs.

Die auswärtigen Angelegenheiten sollen nicht vernachlässigt werden.

Das englische Reiterbüro verbreitet eine Mitteilung, in der es heißt: „Der innerpolitische Charakter der jetzt erörterten Fragen scheint notwendigerweise das Problem der Außenpolitik der nationalen Regierung in den Hintergrund zu drängen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß auswärtige Angelegenheiten vernachlässigt werden. Man erwartet im Gegenteil, daß der Staatssekretär des Aeußeren nicht auf den Zusammentritt des Parlaments warten, und daß er schon vorher eine allgemeine Erklärung abgeben wird. Zum frühestmöglichen Zeitpunkt, zu dem die laufenden Kabinettsitzungen ihm die nötige Zeit gestatten werden, wird Lord Reading eine Darlegung seiner Politik machen.“

Obgleich die Regierung im gegenwärtigen Augenblick Maßnahmen plant, die dazu bestimmt sind, Fragen von unmittelbarem Interesse zu behandeln, verliert sie die Finanzlage in ihrer Auswirkung auf andere Länder nicht aus dem Auge, und es besteht alle Aussicht, daß die Sorge um die Lage und der Wunsch an der Lösung der Probleme anderer europäischer Freunde mitzuwirken, die von der Arbeiterregierung und dem Unterhaus vor der Tagung des Hauses Ende Juli an den Tag gelegt wurden, ebenso voll in Erscheinung treten werden, wenn sich eine Gelegenheit bietet, die gesamte innere und auswärtige Politik der nationalen Regierung zu enthüllen.

Hoover gegen Frankreichs Denkschrift.

Amerikanische Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz.

Paris, 3. September. Die Pariser Spätabendpresse weiß zu berichten, daß die Washingtoner Regierung Vorbereitungen für die Abrüstungskonferenz trifft, die dem Geiste der französischen Denkschrift entgegengesetzt seien. Dieser Auffassung liegt eine Havasdepesche zu Grunde, in der es u. a. heißt, daß man sich in amerikanischen Regierungskreisen jeder Verschiebung der Abrüstungskonferenz widersetze. In gut unterrichteten Kreisen werde betont, daß die Regierung der Vereinigten Staaten noch keinen bestimmten Plan ausgearbeitet habe und sich vorläufig darauf beschränke, die Lage der einzelnen europäischen Länder eingehend zu prüfen. Washington werde vermutlich erst im letzten Augenblick mit einer klar umrissenen Stellungnahme hervortreten. Es scheint jedoch heute festzustehen, daß Präsident Hoover die Abrüstungsfrage zum Ausgangspunkt sowohl der Schuldenregelung, als auch der Organisation der allgemeinen Sicherheit machen wolle. Man glaube zu wissen, daß sich Hoover dem in der französischen Denkschrift enthaltenen Vorschlag in bezug auf die Garantie der Sicherheit durch gegenseitige Effektivbestände im Falle eines Angriffes energisch widersetze. Der Präsident vertrete die Auffassung, daß es sich hier um eine Art Bündnisvorschlag handle, was mit den amerikanischen Anschauungen vollkommen unvereinbar sei. Weiter lehne Amerika eine Verquickung der Abrüstung mit dem Völkerbund, was als Antwort auf die Vorschläge Paul Boncour aufzufassen sei. Auf alle Fälle sei es sicher, daß Amerika die Abrüstungsfrage in einer Weise regeln wolle, die vom Ausgangspunkt der französischen Denkschrift weit entfernt sei.

Zeppelin in Brasilien.

Ungeheure Begeisterung für das Luftschiff.

Die Landung des „Graf Zeppelin“ in Pernambuco vollzog sich trotz des schlechten Wetters unter ungeheurer Begeisterung einer unabsehbaren Menschenmenge. Dr. Eder wurde unmittelbar nach der Landung des Luftschiffes auf dem Flugplatz persönlich vom Staatsgouverneur begrüßt, der sich mit seiner Begleitung an Bord begab. Dr. Eder dankte der Landungsmannschaft, die von einer Kompanie Soldaten unterstützt war, für ihre vorzügliche Arbeit, die ein glattes Landen auf dem aufgeweichten Boden ermöglicht hatte.

Der Luftkruzer überflog die Stadt unter dem Pfeifengeheul der Schiffe und Fabriken. Große Menschenmengen in den Straßen und auf den Brücken jubelten dem Luftschiff zu, das erleuchtet und niedrig fliegend südwärts nach dem acht Meilen entfernten Flugfeld weiterflog.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. Nichtzutreffendes streichen.

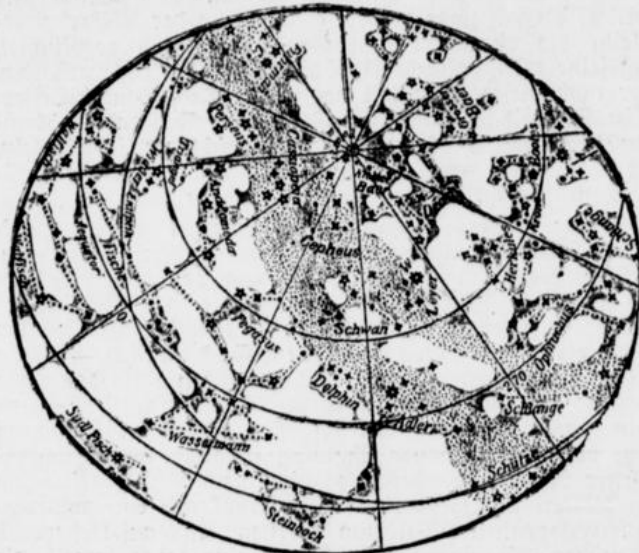
Beste Meldungen.

Verurteilung wegen Hochverrats.

— Leipzig, 3. September. Der vierte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte nach einer umfangreichen Beweisaufnahme wegen gemeinschaftlicher Vorbereitung zum Hochverrat in Latein mit Unterstützung einer staatsfeindlichen Verbindung den früheren Polizeiwachmeister Willi Drosdatis aus Berlin-Lichtenberg zu zwei Jahren Festungshaft und den Arbeiter Hermann Gartmann aus Charlottenburg zu zweieinhalb Jahren Festungshaft. Das Gericht war der Ueberzeugung, daß Gartmann dem Funktionärkörper der RPD, dessen Ziel es ist, durch Zerstörung der staatlichen Machtmittel den gewalttätigen Umsturz der Verfassung zu fördern, wahrscheinlich angehört, ihm aber mindestens sehr nahe steht.

Sternhimmel im September.

Bei Monatsbeginn begeben wir uns um 22 Uhr bei schönem Wetter in das Freie, um die altgewohnten Sternbeobachtungen anzustellen.



Fixsternhimmel: Der Große Bär nimmt so ziemlich seine tiefste Stellung am Nordhorizont ein. Seine sieben hellen Sterne fallen uns sofort auf. Verbinden wir in seinem Sternviereck die beiden rechten Sterne und verlängern die Linie nach aufwärts, so stoßen wir allmählich auf den Polarstern im Kleinen Bär, einen Stern zweiter Größe. Rechts davon ist in der Milchstraße das helle Bild der Kassiopeia aufzuliegen. Zwischen den beiden Bären windet sich in Schlangenform der Drache hindurch. Zwischen seinem obersten Teil und der Milchstraße strahlt die weißleuchtende Wega, ein Stern erster Größe im Bild der Leier. Verlängern wir die Deichsel des großen Wagens im Sinne der Krümmung auf den Westhorizont zu, so sehen wir ziemlich tief stehend den gelblichen Stern Arcturus im Bootes. Links oberhalb von ihm finden wir die nördliche Krone, die einen Halbkreis darstellt. Zwischen ihr und der Milchstraße sieht man das große Bild des Herkules; unterhalb von ihm erstreckt sich der Schlangenträger.

In der Milchstraße steht am Südwesthorizont der Schüge. Links über ihm, am linken Arm der Milchstraße, liegt das Sternbild des Adlers mit dem Stern erster Größe Altair. In der Nähe des Zenits leuchtet im Bild des Schwans der helle Stern Deneb. Ueber dem Nordosthorizont funktelt Kapella im Fuhrmann. Zwischen ihr und der Kassiopeia sieht man das Bild des Perseus.

Ost- und Südhorizont: Im Aufgang befindet sich das schöne Bild des Stiers; von dem der Sternhaufen der Pleiaden schon zu erkennen ist. Unter der Kassiopeia sehen wir das Sternbild der Andromeda. An sie schließt sich nach rechts der Pegasus an, der in seinem Hauptteil ein großes Sternviereck bildet. Dicht am Südosthorizont strahlt der Stern erster Größe Fomalhaut im südlichen Fisch. Unterhalb Andromeda und Pegasus läuft das Sternbild der Fische hin, und unter ihm, auf den Horizont zu, treffen wir das Bild des Walfisches. Zwischen dem Bogen des Pegasus und dem Horizont sind die Bilder des Wassermanns und des Steinbocks aufzuliegen.

Planeten: Mitte des Monats wird Merkur morgens sichtbar. Am 22. und 23. können wir ihn 45 Minuten sehen, Ende des Monats sieht man ihn etwa 25 Minuten. Venus und Mars bleiben unsichtbar. Jupiter, im Krebs sich bewegend, ist morgens zu sehen, und zwar zunächst gegen 1½ Stunden, Ende September gegen 4 Stunden. Saturn, im Schützen, leuchtet abends, anfangs 4½ und schließlich 3½ Stunden.

Mond: Am 5. letztes Viertel, am 12. Neumond, am 18. erstes Viertel und am 26. Vollmond. An letzterem Tage

findet in den Abendstunden eine für uns sichtbare totale Mondfinsternis statt. Beginn der Totalität kurz nach 20, Ende 21½ Uhr.

Sonne: Am 24. beginnt um 1½ Uhr der Herbst, die Sonne tritt in das Zeichen der Waage, Tag und Nacht sind einander gleich. Sie erreicht am jeweiligen Beobachtungs-orte zur Mittagszeit bei Herbstbeginn die Höhe des Himmelsäquators.

Local- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Richtfestbräuche im Ravensberger Land. Ein neues plattdeutsches Spiel. Ravensbiarger Buierfest. Eine Darstellung der im Ravensberger Lande herkömmlichen Richtfestbräuche. Von Wilhelm Warning, Bielefeld.

Studienrat Dr. Wilhelm Warning, Bielefeld, hat die im Ravensberger Lande herkömmlichen Richtfestbräuche gesammelt und sie in Form einer plattdeutschen Aufführung mit dem Titel „Ravensbiarger Buierfest“ zur Darstellung gebracht. Damit ist ein Bühnenspiel geschaffen worden, das sich wie kaum ein zweites zur wirksamen Ausgestaltung einer Heimatfeier eignet und das von jedem Verein mit den bescheidensten Mitteln aufgeführt werden kann.

Die Erstaufführung ist dem historischen Verein für die Grafschaft Ravensberg übertragen, der das „Ravensbiarger Buierfest“ gelegentlich eines Heimatabends am Sonnabend, den 5. September auf dem Johannisberg durch seine bewährte Spielgruppe zur Aufführung bringt. Bei der Gelegenheit wird Dr. Warning einen Einführungsvortrag über Sitten und Gebräuche beim Hausbau in Ravensberg halten.

Das „Ravensbiarger Buierfest“ ist in geschmackvoller Ausführung von der Firma J. D. Rüster Nachf. gedruckt und verlegt worden. Einzelhefte sind durch die Buchhandlungen zum Preise von 50 Pfennig zu beziehen.

Briefkasten.

E. G., Cannstatt, Oberst v. S., Augsburg, F. Gg. G., Durlach, und viele andere. — Auf die Mitteilung in Nr. 191 „Die Politik des „Aufwärts““ sind uns so viel Zuschriften aus dem ganzen Reich zugegangen, daß es uns ganz unmöglich ist, jedem einzelnen darauf zu antworten. Wir möchten auch darauf verzichten, einzelne Zuschriften, die für die Aufnahme im „Aufwärts“ bestimmt waren, zu veröffentlichen. Es ist uns aber eine große Freude, aus allem zu ersehen, daß man im wesentlichen die Haltung des „Aufwärts“ billigt, und daß es in allen Parteilagern viele gibt, denen es ein Bedürfnis ist, sich gerade durch den „Aufwärts“ über die Vorgänge politischer, wirtschaftlicher und kultureller Art unterrichten zu lassen. — Allen, die sich entschlossen, uns zu schreiben, herzlichen Dank.

Pfarrer E. B. in Volkmarßen und andere. Der Verfasser der Broschüre „Wer ist Brüning?“ R. Beer, ist evangelisch und soll parteipolitisch zur volkshonorierten Partei gehören. Er betätigt sich jetzt nur noch schriftstellerisch. Die Broschüre kostet 1,50 Mk. und ist im Politisch-wissenschaftlichen Verlag, Berlin S. 68, erschienen.

Bethel.

— **Dienstjubiläum.** Heute kann Herr Fr. Markewitz auf eine 25-jährige Tätigkeit im Dienste der Anstalt Bethel zurückblicken. 20 Jahre war er im Fuhrgeheft beschäftigt. Längere Zeit gehörte er auch der Gadderbaumer Gemeindevertretung an. Herr Markewitz hat allenthalben großes Vertrauen genossen.

— **Oratorienschor.** Heute (Donnerstag) 8¼ Uhr Generalversammlung und erste Übung.

— **Weißes Umschlagbuch verloren** vom Pfortnerhaus bis Lindenhof. Wehmeier, Lindenhof.

— **Eine Damen-Handtasche gefunden.** Abzuholen in der Schuhmacherei.

— **Dr. med. dent. Göke hat vom 1. September ab seine Sprechstunden von Oberrstraße 4 nach Brüderrstraße 3 verlegt.**

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Westpolitik; Dr. S. Suttel, Anzeigen; R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“, Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3918, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

2. Haustochter

gebildet, gesund, zum 1. Oktober für evang. Pfarrhaus im Oberharz gesucht. Gründl. Erlernung der Hauswirtschaft. Geringe Zahlung. Frau Pfarrer Helmer, Braunlage i. H.

Dauermieter

oder ein bis zwei j. Mädchen z. Erlernung guter Küche finden bei mäßigem Preis.

Aufnahme

in ruhigem, kl. Willenshaushalt. Für Erholungsgäste Tagespreis 3.75 bis 4 Mk. Gefunder Aufenthalt, nahegeleg. schöne Spaziergänge.

Frl. von Otterstedt, Ballenstedt-Harz, Post-Str. 61.

Suche für meine Tochter, 22 J., seitler auf Büro tätig, jedoch auch in Hauswesen nicht unerfahren,

Stelle

als Haustochter in entschieden christlichem Hause, wo sie sich im Haushalt weiter ausbilden kann. Frau W. Fürt, Eibelshausen, (Dillkreis.)

19jähriges Mädchen, mit Koch-, Plätt- und Nähtkenntnissen sucht zum 1. Okt. bei beschr. Lohnanspr.

Stellung

in besserem kl. Haushalt zur Unterstützung der Hausfrau, wo sie sich im Kochen vervollkommen kann. Offerten erbeten an

Anneliese Maimwald, Stolberg (Harz)

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost Ebert Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage Pastor Felkekuren. Prosp. freil!

Schwermütige, Verzägte, Erholungsbedürftige und solche, die in geistiger Not sind, finden freundliche Aufnahme zu mäßig. Preise im

Erholungsheim

Haus Friedensruh in Laufen/Byach, O./A. Balingen (Wärthg.) Sommer und Winter geöffnet. Anfragen sind zu richten an die Leitung des Hauses.

Trinkerrettungsanstalt

Blaukreuzhof Hamm (Westf.) Land

Gründungs-Jahr 1906

Fernr.: Uentrop 32 Fernamt Hamm

Postcheckkonto: Dortmund 3142

Haustochter

geb., schl. um schl. nach Gütersloh (Westf.) gef. Hilfe f. grobe Arb. vorh. Angeb. an d. Geschäftsstelle des „Aufwärts“ unter A 1947.

Liebhaver-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955

Anzeigen aus Bethel.

— Unser Fischverkauf findet von Donnerstag, dem 10. September, ab wieder regelmäßig statt. Wir bitten freundlichst, Bestellungen, welche laufend erledigt werden sollen, uns bis Freitag, den 4. September, hereinzugeben.

Ophir, vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.